

Rede Hagebaufläche – Moschee

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Ihnen lag ein Antrag vor, mit dem beabsichtigt für den Falle des Verkaufs der Fläche am Hagebaumarkt Gewerbe anzusiedeln. Gleichzeitig ist allen bekannt, dass der Moscheeverein, seine Zukunft für eine Erweiterung und Verbesserung seiner Räumlichkeiten auf eben genau dieser Fläche sieht.

Dass sich Gewerbe und religiöse Gebäude nicht immer miteinander vereinbaren lassen, ist bekannt. Manchmal gelingt so etwas, oft aber nicht.

Und so sind wir in einer öffentlichen Diskussion gelandet, die uns in den letzten Tagen alle sehr bewegt hat. Für heute ist dieser Antrag „vom Tisch“, das Thema indes nicht! Es wird uns weiter beschäftigen.

Zur Klarstellung vorab: In Deutschland herrscht Religionsfreiheit! Dazu stehe ich. Und ich füge hinzu, dass diese Freiheit würdig gelebt werden soll, von Menschen aller Religionen, selbstverständlich auch von den Bergneustädter Muslimen.

An der Frage wo und unter welchen Bedingungen das für die muslimische Gemeinde möglich ist, scheiden sich nun die Geister.

Ich möchte zu dieser Frage und an dieser Stelle aber klarstellen, dass mir die Art der Diskussion zu diesem Thema in einigen Teil klar missfällt. Ich sage das in aller Deutlichkeit, obwohl und gerade weil ich seit Beginn dieser Debatte eine ungeahnte Menge an Beschimpfungen, Unterstellungen und Verleumdungen erfahren musste.

Die Ausweisungen von Flächen ist eine ihm zugewiesene Aufgabe des Rates und fußt auf dem verfassungsmäßigem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung. Dieses Recht auszuüben ist wichtig und hat sich an dem Grundsatz zu orientieren, dass in einer pluralistischen Gesellschaft das Wohl ALLER im Vordergrund steht. Und genau dieses Wohl steht zur Debatte!

Dass nun aber jeder Zweifel am geplanten Vorhaben oder jede Äußerung, die nicht gleichzeitig die vollständige Zustimmung zum Vorhaben des Moscheevereins bedeutet, diskriminierend oder rassistisch ist, kann ich nicht nachvollziehen.

Das ist keinesfalls so, weshalb ich als Bürgermeister dieser Stadt solche Gedanken und Äußerungen entschieden zurückweise! Hinter den baurechtlichen Planungen stecken keine diskriminierenden oder rassistischen Motive, sondern die aufrichtige Absicht Steuererträge zu generieren.

Nun gibt es Menschen, Mitbürger, die der Auffassung sind, dass jede andere Entscheidung als eine Entwicklung zu Gunsten der Ansiedlung einer Moschee diskriminierend, gar rassistisch ist.

Das ist keinesfalls so. Hier stecken keine rassistischen Motive hinter der Absicht, Steuereinnahmen für – ich sage es erneut – alle Bergneustädterinnen und Bergneustädter zu entwickeln.

Aus vielen Telefonaten und Nachrichten habe ich erfahren, dass der weit überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger um die Einnahmesituation der Stadt besorgt ist und die Schaffung von Gewerbeflächen als wichtig erachten.

Auf meine Frage, ob man sich dazu nicht öffentlich äußern wolle um zu dokumentieren, wie die Sicht der breiten Bürgerschaft ist bekam ich regelmäßig die Antwort: „Nein, sonst werde ich noch in die rechte Ecke gestellt.“

Ich beklage es, dass in der Diskussion von einigen Protagonisten leider auf polemische und polarisierende Art und Weise argumentiert wird. Der Moscheeverein selbst, insbesondere in der Person seines Vorstandes tut das nicht, wie ich an dieser Stelle betonen möchte.

Abseits aller Meinungsfreiheit, empfinde ich herabwürdigende, diffamierende Äußerungen einer demokratischen Diskussion für unwürdig. Das vergiftet das Klima, macht Angst und führt zu einem Schweigen auf vielen Seiten.

Deswegen bitte ich darum, die Debatten in und außerhalb der nächsten Sitzungen hierzu in größtmöglicher Sachlichkeit zu führen und die Entscheidung zu treffen, die jeder und jeder mit seinem eigenen Gewissen vereinbaren kann.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit